

hatte“, wie der Verfasser eingangs feststellt. Die Großartigkeit der Siegle-Karlshöhe lässt sich heute nur noch erahnen. Die elterliche Villa Siegle schenkte Dora 1932 der Stadt Stuttgart, die darin ein Altersheim eröffnete. Es wurde im Zweiten Weltkrieg von Bomben getroffen und brannte aus; die Ruine wurde 1955 abgerissen. Die Villa Ostertag-Siegle weist nur noch sehr geringe Spuren der einstigen Pracht auf. Sie wurde nach dem Tod von Margarethe Ostertag-Siegle von den Erben ebenfalls an die Stadt Stuttgart verkauft. Zunächst zog der Reichsarbeitsdienst ein, nach dem Zweiten Weltkrieg diente sie als provisorisches Rathaus und schließlich wurde sie in ein Mietshaus umgewandelt. Allein die Villa Gemmingen hat sich in ihrer ursprünglichen Erscheinung erhalten und befindet sich nach einer wechselvollen Geschichte wieder im Besitz der Nachfahren der Familie.

Auf breiter Quellenbasis aufbauend, ist es dem Verfasser nicht nur gelungen, detailliert und ansprechend die Baugeschichte und das Schicksal der Villa Gemmingen wie der anderen Siegle-Anwesen darzustellen, sondern auch den Blick auf die Personen, die in den Villen wohnten, zu lenken. Das sehr gut geschriebene und reich illustrierte Buch, das auf einen breiten Leserkreis zielt, gibt einen überaus spannenden Einblick in das Leben einer großbürgerlichen Familie in Württemberg, wirft Schlaglichter auf die Stuttgarter Unternehmensgeschichte und liefert einen wichtigen Beitrag zur Stuttgarter Villengeschichte.

Nicole Bickhoff

Rainer REDIES, 200 Jahre Cannstatter Wasen – Kaiser, Zeppeline, Lenin und WildWest, Konstanz: Südverlag 2018. 128 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-87800-122-5. € 19,90

Der „Wasen“, das waren Jahrhunderte hindurch ungenutzte Feuchtwiesen am rechten Neckarufer südlich des alten Cannstatt gewesen. Dies hat sich anhaltend geändert, als König Wilhelm I. dort 1818 nach verheerenden Hungerjahren eine landwirtschaftliche Lehr- und Festveranstaltung ins Leben rief. Zum 200-jährigen Jubiläum sind mehrere Publikationen erschienen, darunter die des Autors. Ihr etwas reißerischer Untertitel zeigt bereits an, dass es sich um eine Kompilation mehr oder minder bemerkenswerter Vorgänge handelt, „unterhaltsam erzählt“, wie der Verlag betont. Wer sich einen populär gehaltenen Überblick über 200 Jahre Cannstatter Wasen samt Volksfest verschaffen will, mag gerne zu dem Buch greifen. Wissenschaftlichen Ansprüchen wird es allerdings in keiner Weise gerecht.

Helmut Gerber

Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen, Band II: Der Weg in die Moderne, hg. von Casimir BUMILLER im Auftrag der Stadt Villingen-Schwenningen, Villingen-Schwenningen 2017. 736 S. mit 660 Abb. ISBN 978-3-93943-63-8. € 34,50

Kurz vor dem 50-jährigen Bestehen der Doppelstadt gibt die Stadt Villingen-Schwenningen eine gemeinsame Stadtgeschichte heraus. Doch nicht das bevorstehende Jubiläum, sondern die beabsichtigte Verlegung von „Stolpersteinen“ in Villingen war der Anlass. Die Auseinandersetzungen über die Vergangenheit der Kommune im Nationalsozialismus führten zu der Entscheidung, die NS-Geschichte wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen. Dies war in der Tat ein Desiderat. Allerdings steht das Ergebnis jetzt nicht für sich, sondern ist auf Wunsch des Gemeinderates als eines von mehreren Kapiteln eingebettet in die Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Konzeptionell war das Vorhaben eine Herausforderung. Wie kann angesichts der Unterschiede eine gemeinsame Stadtgeschichte aussehen? Man

entschied sich für ein abgestuftes Zwei-Säulen-Modell, das die Entwicklung beider Städte separat darstellt, aber immer wieder miteinander verzahnt.

Für die Epoche zwischen 1806 und 1871 ist die Behandlung gänzlich getrennt: Casimir Bumiller beschreibt die Entwicklung Villingens im Großherzogtum Baden (S. 14–113), Monika Spicker-Beck die Geschichte Schwenningens im Königreich Württemberg (S. 114–167). Vor der Gründung des Deutschen Kaiserreichs gibt es tatsächlich nur wenig, was die beiden Städte verbindet. Für Villingen ist das Jahr 1806 mit bitteren Einschnitten verbunden. Es hatte die Plünderung seiner Klöster, den Verlust aller Dependenzorte und die Degradierung zu einer einfachen Landstadt zu verkraften. 1819 war auch der Kampf um das Gymnasium verloren. Der erste Gunstbeweis des badischen Staates war die Einrichtung des Bezirksstrafgerichts ab 1847. Für den Neubau wurde damals eines der vier Stadttore abgerissen, allerdings bezog das Gericht das Gebäude erst 1856 und verschwand 1864 schon wieder, nur das Gefängnis blieb. Insgesamt war die katholische Stadt, in der 1853 ganze 70 Protestanten gezählt wurden, von Zunftbürgertum, Beamten und Kaufleuten geprägt. Ende der 1850er-Jahre industrialisierte sich die Villingener Wirtschaft immer stärker, mit einigen Textilbetrieben, vor allem aber mit der Uhren- und Orchestrionfabrikation.

Das evangelische Schwenningen dagegen war 1819 ein größeres Bauerndorf mit 312 Häusern und in Württemberg vor allem wegen des Neckarursprungs und der Saline Wilhelmshall bekannt. In die 1840er-Jahre fällt ein erstes Element gemeinsamer Geschichte: Die Gründung einer „Privat-, Leih- und Spar-Casse“ 1842 in Schwenningen, deren Ausschuss auch Personen aus Villingen angehörten und die ihren Sitz 1848 nach Villingen verlegte. Eine einschneidende Zäsur erlebte Schwenningen mit einem großen Brand 1850.

1869 wurden beide Städte ans Eisenbahnnetz angeschlossen, und mit der Reichsgründung 1871 hatten die Bürger von Villingen und Schwenningen erstmals eine gemeinsame Staatsangehörigkeit. Auch mit ihrer Einwohnerzahl (Villingen 5.367, Schwenningen 4.913) und Infrastruktur erreichten sie erstmals vergleichbare Größen. Marga Burkhardt, Ute Grau und Barbara Guttmann beschreiben die Entwicklung im Kaiserreich (S. 168–261). Am Ende des 19. Jahrhunderts prägte die Industrie den Charakter beider Orte immer stärker, und beide waren stark mit dem Ausbau ihrer Infrastruktur beschäftigt. Die Entwicklung Villingens und Schwenningens in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur wird innerhalb der einzelnen Themenfelder nacheinander abgehandelt, was zu interessanten Vergleichsmöglichkeiten führt, etwa bei der Handhabung des Bürgerrechts (S. 182 bzw. 189) oder im Fall des Bürgermeisters Emil Braunagel. Braunagel wurde 1903 Villingens erster Berufsbürgermeister mit Gehalt. Zermürbt von Auseinandersetzungen um seine Amtsführung und die Finanzierung der erfolgreichen Villingener Gewerbeausstellung von 1907, bewarb er sich 1913 in Schwenningen, wo er bis kurz vor seinem Tod 1925 Oberbürgermeister blieb. An seiner Biografie wird ein praktisches Problem dieser Stadtgeschichte überdeutlich: Es fehlt ein Register, das es ermöglichen würde, Personen zu verfolgen, die in beiden Städten und/oder über mehrere Epochen (und damit Kapitel) hinweg eine Rolle spielten.

Eine Besonderheit der Villingener Entwicklung im späten 19. Jahrhundert waren die zwei wirtschaftlichen Standbeine Industrie und Fremdenverkehr. Auch war die Industriestruktur eher gemischt, während in Schwenningen vor allem Uhrenfabriken erfolgreich waren. Anfang der 1890er-Jahre überholte Schwenningen Villingen bei der Einwohnerzahl (7.733 bzw. 6.891) und erhielt 1907 das Stadtrecht.

Die Zeit der Weimarer Republik (S. 262–325) beschreibt Kilian Fehr. Revolutionäre Ereignisse sind in beiden Städten 1918/19 nicht zu vermelden, sieht man von einer Villingener

Demonstration im Mai 1919 gegen die Wiederzulassung des Fremdenverkehrs ab. Die 1920er-Jahre sind in beiden Städten geprägt von der Notwendigkeit, Wohnraum und Infrastruktur zu schaffen: 1923 waren über 32 % der Todesfälle in Villingen durch Tuberkulose bedingt. Insgesamt charakterisiert Fehr die Lage als schwierig, aber nicht hoffnungslos. Die Weltwirtschaftskrise traf beide Städte hart, doch waren bereits 1931/32 Erholungstendenzen feststellbar. Mit Interesse liest man daher die Passagen über den Aufstieg der NSDAP, die es in Villingen mit einer starken kirchlichen Bindung der Bevölkerung zu tun hatte und die in Schwenningen mit SPD/KPD auf einen direkten politischen Gegner traf. 1930 (Villingen) und 1931 (Schwenningen) zogen erstmals Nationalsozialisten in die Gemeinderäte ein und profilierten sich dort vor allem durch Symbolpolitik für Arbeitslose, während sie die übrige Ratsarbeit eher störten, anstatt sich an ihr zu beteiligen.

Die Resonanz der NSDAP ist 1933 noch nicht überwältigend: Robert Neisen beginnt sein Kapitel über den Nationalsozialismus in Villingen und Schwenningen (S. 326–427) mit den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März, die ja schon nicht mehr unter regulären Bedingungen stattfand. NSDAP und DNVP kamen damals in Schwenningen zusammen auf „nur“ 33,9 %, in Villingen auf 36,1 %. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler begann allerdings die Drohkulisse von SA und SS zu wirken. Binnen weniger Wochen folgten die staatsstreichartigen Entscheidungen, in denen die Landesregierungen entmachtete Bürgermeister und andere Amtsträger in Politik, Kultur und Gesellschaft eingeschüchert und abgesetzt wurden. Wer nicht direkt bedroht wurde, glaubte den mäßigenden Versprechungen der Partei und folgte der allgemeinen Selbstgleichschaltung.

In Villingen und Schwenningen lassen sich während der Diktatur deutlich unterschiedliche Entwicklungen beobachten – am verheerenden Ergebnis ändern diese Unterschiede nichts, sind aber interessant zu beobachten. In Villingen wird der zentrumsnahe Bürgermeister im Juli 1933 durch den jungen Parteigenossen Hermann Schneider ersetzt. Dieser macht Villingen noch im Sommer 1933 zum Kneippbad und schreibt sich die – bereits begonnene – wirtschaftliche Erholung der Stadt zugute, während er den Haushalt durch zahlreiche Notstandsarbeiten belastet und in der Stadtverwaltung eine schamlose Vetternwirtschaft betreibt. 1937 wird er durch den Nationalsozialisten Berckmüller ersetzt. In der weiterhin katholisch geprägten Stadt ließen brutale Auftritte und Provokationen durch SA und SS die anfängliche Zustimmung rasch wieder schwinden. Von der wirtschaftlichen Erholung profitierte man indes gern. In Schwenningen dagegen blieb der DDP-Politiker und Freimaurer Otto Gönnewein 1933 im Amt, wohl auch weil es angesichts der verheerenden Finanzlage der Stadt keinen parteiinternen Aspiranten gab und weil Gönnewein in der Folge seine Rhetorik dem NS-Gebrauch anpasste. Möglicherweise war er gerade deshalb anfälliger dafür, politische Ziele der NSDAP umzusetzen, etwa als es darum ging, die evangelischen Kindergärten der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt zu übertragen. Zum größten Teil hatten sich die Einwohner beider Städte mit dem Regime arrangiert, das ihnen zunehmenden Wohlstand und 1938 und 1940 auch außenpolitische Erfolge bescherte. Die Kehrseite davon war die rücksichtslose Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung all derjenigen, die nicht in das willkürliche Konstrukt der „Volksgemeinschaft“ passten. Auf S. 386–407 beschreibt Neisen das Schicksal derjenigen, die Kritik oder Widerspruch äußerten oder als Juden, Sinti, Kranke oder Homosexuelle verfolgt wurden. Auch damals wurden wesentlich falsche Informationen gestreut, um gegen bestimmte Gruppen vorgehen zu können – etwa mit der Rede vom „Bettelunwesen“ (das die Polizei nicht bestätigen konnte) gegen Sinti-Siedlungen, die anschließend zwangsgeräumt wurden. Insgesamt gab es

im April 1945 Grund genug, „innerlich zerrissen und mit bangen Blicken“ (S. 426) den Einmarsch der Franzosen zu erwarten.

Die chaotischen Wochen zwischen der Besetzung am 20. April und der Kapitulation am 8. Mai gehören zum nächsten Kapitel, bearbeitet von Anja Rudolf (S. 428–537). Es trägt den etwas überholten Begriff von der „Stunde Null“ im Titel und beschreibt die Entwicklung der beiden Städte bis zu ihrem Zusammenschluss. Bis 1952 gehörte Villingen zu Baden, Schwenningen zu Württemberg-Hohenzollern. Allerdings ist die folgende Darstellung so verzahnt, dass nicht immer klar ist, von welcher Stadt gerade die Rede ist. Doch die Probleme und Entwicklungen waren dieselben: die scheiternde Entnazifizierung ebenso wie die drohende Demontage wichtiger Fabriken. Letztere konnte in den meisten Fällen abgewendet werden, und die Wirtschaft erholte sich nach der Währungsreform außerordentlich schnell. Schon lange vor dem Zusammenschluss 1972 ähnelten sich beide Städte stark in ihrer Struktur und arbeiteten auf vielen Gebieten zusammen. Ab 1963 wurden Filbingers Gebietsreformpläne diskutiert – die endgültige Entscheidung zum Zusammenschluss scheint jedoch beide Stadtoberhäupter überrascht zu haben und erscheint mehr denn je als verordneter Verwaltungsakt.

Spannende Wirtschaftskrimis bietet Annemarie Conradt-Mach (S. 582–603), die den Strukturwandel der Wirtschaft in Villingen-Schwenningen beschreibt. Denn mit der Wirtschaftskrise 1974/75 begann für die neue Doppelstadt eine schwierige Epoche: Wohl und Wehe hingen schon lange von der Uhrenindustrie ab, die in Deutschland bereits zwischen 1970 und 1974/75 die Zahl der Beschäftigten um 25 % reduziert hatte. Dramatische Niedergangs- und Verkaufsgeschichten von Großunternehmen wie Kienzle und SABA schlossen sich an und machten Villingen-Schwenningen Anfang der 1980er-Jahre zu einer strukturschwachen Region. Erst jüngst scheint die Stadt mit sich ihren Frieden gefunden zu haben, kamen doch viele Impulse zur wirtschaftlichen Erholung nach 2000 „aus Ansprüchen, die sich von der Funktion eines Oberzentrums ableiten ließen“ (S. 602).

Heinrich Maulhardt schreibt unmittelbare Zeitgeschichte (S. 604–669). Zunächst musste 1972 der Zusammenschluss verwaltungstechnisch bewältigt werden. Villingen-Schwenningen wird anschließend als eine Stadt greifbar, deren Entwicklung in den vergangenen fast 50 Jahren sich einheitlich beschreiben lässt und doch immer wieder Besonderheiten zu bieten hat. Ein gemeinsames Krankenhaus wünschte man sich seit 1971, eingeweiht wurde das Schwarzwald-Baar-Klinikum 2013. Die Identität der alten Stadtbezirke blieb lange eine Herausforderung. Noch 1996 musste im Franziskanermuseum der Schwenninger Hansel einen Sicherheitsabstand zum Villingener Narro einhalten. Die jüngsten Jubiläen – vielleicht auch das bevorstehende – sowie Projekte wie die gemeinsame Stadtgeschichte zeigen jedoch, dass die Fixierung auf den eigenen Stadtteil überwunden werden kann.

Meike Habicht

Ingo BERGMANN, 1938. Das Novemberpogrom in Ulm – seine Vorgeschichte und Folgen, hg. vom Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg e.V. (DZOK) und Haus der Stadtgeschichte – Stadtarchiv Ulm, Ulm: Klemm + Oelschläger 2018. 80 S., 87 Abb. ISBN 978-3-86281-134-2. € 16,80

Zum 80. Jahrestag des Ulmer Novemberpogroms legt der Ulmer Historiker Ingo Bergmann eine Darstellung der Geschehnisse in der schwäbischen Donaustadt vor. Die komprimierte Studie beginnt mit einem kurzen Rückblick auf die Wiedererstehung der Ulmer